

Von den Leistungswilligen, Kreativen und Innovationstüchtigen

Zur Erklärung und Legitimation von Reichtum und sozialer Ungleichheit in Österreich

Julia Hofmann

Einleitung

Seit Ausbruch der Krise 2007ff. ist die Verteilungsdebatte in Europa und in den USA wieder auf der politischen und medialen Tagesordnung gelandet. Nicht nur soziale Bewegungen kritisieren die aktuellen Ungleichheitsdynamiken, auch innerhalb politischer Mainstream-Institutionen wird die Kluft zwischen Arm und Reich zunehmend als ökonomisches wie gesellschaftliches Problem thematisiert (Kaufmann/Stützle 2015). In den Auseinandersetzungen geht es jedoch nicht nur um die schiere Zunahme sozialer Ungleichheit an sich, sondern auch um die Frage nach der Legitimation und Erklärung ungleicher Lebenslagen und -chancen. Aktuelle Debatten rund um „überzogene Managerboni“ oder die „Erbenrepublik“ (Friedrichs 2015) nähren beispielsweise die Diskussionen rund um „verdientes“ und „unverdientes“ Vermögen (Beckert 2004).

Hierzulande spitzt sich die Verteilungsdebatte ebenfalls seit einigen Jahren zu. Politische Institutionen, wie die Arbeiterkammer oder der ÖGB, positionieren das Verteilungsthema ganz oben auf ihrer Agenda.¹ Gleichzeitig gibt es mit den Daten des *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) der EZB auch erstmals für Österreich verlässliche Haushaltsdaten zur Vermögensverteilung. Angesichts dieser wissenschaftlichen wie politischen Dynamik im Verteilungsdiskurs sah sich auch die Industriellenvereinigung Ende 2014 gezwungen, sich dem Thema zu widmen. Die von ihr herausgegebene Broschüre „Reichtum, Armut & Umverteilung in Österreich. Fakten und Mythen“ versucht sich als Widerlegung wissenschaftlicher Fakten zu sozialer Ungleichheit und Reichtum in Österreich. Gleichzeitig liest sie sich aber auch als Rechtfertigung sozialer Ungleichheit und der Dynamiken der Marktwirtschaft auf Basis individualistischer Leistungsideologien. Der Grundtenor der Broschüre lautet: Reichtum und Wohlstand sind individuell erarbeitet, demnach auch gerecht und nützen schlussendlich uns allen. Die Broschüre endet mit dem Satz: *„Erinnern wir uns daran: Unser größtes Kapital ist der Leistungswille, die Kreativität und die Innovationskraft der Menschen im Land. Diese Ressourcen gilt es in Zukunft wieder zu beleben, um den Wohlstand im Land auch für die Zukunft abzusichern.“* (Industriellenvereinigung 2014, 65)

Genau an diesem Satz schließt der folgende Artikel an. Es soll der Frage nachgegangen werden, wie soziale Ungleichheit und Reichtum in der Gesellschaft erklärt und legitimiert werden und welche sozialen Gruppen den verschiedenen Legitimations- und Erklärungsmustern von Reichtum und sozialer Ungleichheit in Österreich folgen. Dies wird anhand eines Vergleichs quantitativer, empirischer Erhebungen zu Deutschland (Glatzer u. a. 2008) und Österreich (Datenbasis: ISSP / HFCS) versucht. Zu Beginn des Artikels stehen einige Begriffsklärungen und ein kurzer Blick auf die dominanten Legitimationsmuster von Reichtum und sozialer Ungleichheit im Kapitalismus.

Eliten, Reiche, soziale Ungleichheit? – um wen und was geht es denn nun?

Ein erstes Problem ergibt sich bereits bei der Begriffsklärung: Erklärung bzw. Legitimation wovon? Sowohl in der Forschung als auch im Alltagsverstand tauchen beim Thema „Reichtum und sozialer Ungleichheit“ verschiedenste Kategorien und Begriffe auf, die die daran anschließenden Debatten teilweise verwässern und/oder in andere Richtungen lenken.

So ist einerseits häufig die Rede von „denen da oben“, von *den Eliten* also. Der Elitenbegriff ist jedoch im Zusammenhang mit der Frage nach der Legitimation von Reichtum und sozialer Ungleichheit meines Erachtens nach nicht besonders glücklich gewählt. Zum einen ist sein historisch-ideengeschichtlicher Hintergrund mehr als fragwürdig: Wie u. a. Markard (2005) in seiner Kritik an den „Eliteuniversitäten“ skizziert, kommt der Begriff vom französischen „*élite*“, also von „auswählen“ bzw. „auserwählt sein“. Dementsprechend trägt der Elitenbegriff eine immanente gesellschaftspolitische Funktion in sich: diejenige der Spaltung der Gesellschaft in die „Auserwählten“ und den Rest, also die „machtlose Masse“ (Bottomore 1964). Er dient damit selbst auch bereits als Legitimierungsinstanz sozialer Ungleichheit: „*Die Rede von der Elite impliziert die Abwertung des Restes, sonst ist die Rede von der Elite sinnlos*“ (Markard 2005, 2). Zum anderen wird der Begriff oft recht schwammig verwendet: Neben ökonomischen Eliten werden beispielsweise auch politische, künstlerische oder militärische Eliten ins Feld geführt. Diese klassifikatorische Ausweitung des Begriffes ist jedoch – vor allem wenn es um Fragen der Erklärung und Legitimierung von Verteilungsaspekten geht – nicht besonders nützlich.

Andererseits wird, etwas präziser, häufig von *den Reichen* gesprochen. In Hinblick auf die Frage nach der Erklärung und Legitimierung von ungleichen Lebenslagen und -chancen ist dieser Begriff nur teilweise hilfreich. Durch den alleinigen Fokus auf *die Reichen* wird das dahinterstehende soziale Verhältnis – Reichtum als einer der beiden Pole sozialer Ungleichheit (Schürz 2009) – häufig ausgeblendet. Es kommt zu rein auf das Individuum abzielenden Interpretationen. Diese entsprechen ebenfalls bereits bestimmten Rechtfertigungs- und Legitimationsmustern sozialer Ungleichheit. Nur eine relationale Betrachtung – im Sinne Brechts „*Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich*“ – hilft demnach dabei, wissenschaftlich gehaltvolle Aussagen über soziale Ungleichheit und Reichtum in einer Gesellschaft und deren Legitimierung zu treffen. Dementsprechend werden im Folgenden neben den Legitimationsmustern zum *Reichtum* einzelner Individuen vor allem auch die Legitimationsmuster von *sozialer Ungleichheit an sich* in den Blick genommen.

Die ideengeschichtliche Legitimation von sozialer Ungleichheit und Reichtum im Kapitalismus

Wie werden Reichtum und soziale Ungleichheit in der Gesellschaft nun erklärt und legitimiert? Karl Bachinger (2002) argumentiert, dass dies im Kapitalismus vor allem auf Basis individualistischer Leistungsnormen geschieht. Die Rede von den „Leistungswilligen, Kreativen und Innovationstüchtigen“ lässt sich, folgen wir Bachinger, auf drei geistige Strömungen zurückführen, die die ideologische Basis des modernen Kapitalismus bildeten: die protestantische Ethik, die Neoklassik und der Sozialdarwinismus. Wurde im Mittelalter soziale Ungleichheit als gottgewollt legitimiert, so trug die protestantische Ethik dazu bei, ungleiche Lebenslagen und Reichtum als Ergebnis von harter Arbeit und einem asketischen Lebensstil zu rechtfertigen. In der Neoklassik wird die Anreizwirkung von Ungleichheit zu höherem Einsatz und Fleiß betont. Der Sozialdarwinismus deklariert

den Kapitalismus schlussendlich als notwendiges Unrechtssystem, in dem sich nur die „Leistungswilligen“ durchsetzen.

Nun sind diese individualistischen Legitimationslogiken von Reichtum und sozialer Ungleichheit sicherlich die ideengeschichtliche Basis des modernen Kapitalismus und werden – wie etwa das oben erwähnte Zitat aus der Broschüre der Industriellenvereinigung zeigt – durchaus weiterhin als Rechtfertigungsmuster eingesetzt. Die soziologische Einstellungsforschung zeigt jedoch, dass im gesellschaftlichen Diskurs auch einige andere Erklärungsmuster zum Ursprung von Reichtum und sozialer Ungleichheit präsent sind. Diese erklären Reichtum und soziale Ungleichheit eben nicht auf Basis individualistischer Konzeptionen, sondern bringen herrschafts- und ungleichheitskritische Interpretationen hinsichtlich dessen Entstehung an. Einer Studie der Universität Frankfurt zufolge (Glatzer u. a. 2008) lassen sich empirisch zwei Formen der kritischen Erklärung von Reichtum und sozialer Ungleichheit unterscheiden: (1) Die Vorstellung, Reichtum entsteht auf Basis struktureller Ungerechtigkeiten (dies entspricht, laut den Autoren, einer Kritik an den Strukturen des kapitalistischen Systems) sowie (2) die Vorstellung, Reichtum kann durch Zugang zu bestimmtem Sozialkapital (z.B. soziale Herkunft, Beziehungen und Netzwerke) aufgebaut werden (eine von den Theorien Pierre Bourdieus geprägte Erklärung sozialer Ungleichheit also).²

Die zentrale Frage, die sich im Kontext der wiederaufkeimenden Verteilungsdebatte stellt, ist, wie verbreitet (und bei welchen Bevölkerungsgruppen) die individualistischen Legitimationsmuster im Verhältnis zu diesen anderen, der Entstehung von Reichtum und sozialer Ungleichheit eher kritisch gegenüber stehenden Erklärungsmustern sind. Denn, so die These: Je weiter verbreitet individualistische Logiken sind, umso stabiler ist wohl auch das dahinter liegende Ungleichheits- und Herrschaftsregime. Demgegenüber würde eine weite Verbreitung kritischer Erklärungsmuster diskursiven Raum für progressive Verteilungskämpfe bieten.

Zur Wahrnehmung und Beurteilung von Reichtum und soziale Ungleichheit in der Bevölkerung

Der Wirkungsmächtigkeit der verschiedenen Erklärungs- und Legitimationsmuster von Reichtum und sozialer Ungleichheit wurde in Deutschland im Rahmen einer eigens dafür angelegten Studie („Einstellungen zum Reichtum“) nachgegangen (Glatzer u. a. 2008). Für Österreich steht eine solche eigenständige Studie bislang noch aus. Im Rahmen des *International Social Survey Programme* (ISSP) von 2009 und des *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) von 2010 wurden jedoch auch einige Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und zu Reichtum abgefragt, die mit den deutschen Daten verglichen werden können.

Bei der deutschen Studie (siehe Graphik 1) zeigte sich, dass individualistische Legitimationsmuster von Reichtum durchaus weit in der Bevölkerung verbreitet sind: So stimmten knapp 70% der Befragten der Aussage zu, dass der „eigenen Leistung“ sowie den „individuellen Fähigkeiten“ eine wichtige Rolle bei der Entstehung von Reichtum beizumessen sei. Gleichzeitig argumentierten aber auch über 80%, dass soziale Beziehungen bzw. das Kennen der „richtigen Leute“ und gute, soziale Ausgangsbedingungen eine wichtige Ursache dafür sind, dass Menschen reich werden. Für über 50% war auch Unehhrlichkeit ein Faktor, der zu Reichtum führt (Glatzer u. a. 2008, 45ff.). Ein durchaus widersprüchliches Bewusstsein in der Bevölkerung also, das sich aus den deutschen Daten ablesen lässt.

Auch bei den ISSP-Daten für Österreich wurde Ehrgeiz (72%) und harter Arbeit (65%) eine hohe Bedeutung beigemessen. Ähnlich wie bei der deutschen Erhebung wurden soziale Netzwerke mit über 60% Zustimmung ebenfalls als wichtig erachtet; die soziale Herkunft wurde demgegenüber als weniger entscheidend (31%) eingeschätzt.³ Ein Problem beim Vergleich ergibt sich jedoch aus der Frageformulierung im ISSP. Hier wird nicht explizit nach den Ursachen für Reichtum, sondern nach den Faktoren „um im Leben vorwärts zu kommen“ gefragt. Dementsprechend kann es hier zu Verschiebungen in den Deutungsmustern der Befragten gekommen sein. So ist es durchaus vorstellbar sein, dass einE ArbeitnehmerIn durch eigene Leistung „im Leben vorwärts kommt“, ob sie/er dadurch allerdings wirklich reich wird, ist jedoch stark zu bezweifeln.

Bei den HFCS-Daten wird demgegenüber explizit nach den Faktoren „um reich zu werden“ gefragt: Hier gab es die größte Zustimmung bei der Kategorie „übers Erben“ (über 60%), gefolgt von knapp 50% Zustimmung zu der Kategorie „mit guten Ideen“. Die „eigene Leistung“ und die „sozialen Kontakte“ spielen im HFCS eine eher untergeordnete Rolle (jeweils knapp 30% Zustimmung). Eine Ursache für die geringere Bedeutung von individualistischen Legitimationsmustern im HFCS (im Gegensatz zum ISSP und der deutschen Befragung) könnte in den unterschiedlichen, den RespondentInnen zur Verfügung gestellten, Antwortmöglichkeiten liegen: Nach der Bedeutung des Erbe wurde etwa nur im Rahmen des HFCS gefragt. Im ISSP wird demgegenüber auf die Herkunft aus einer wohlhabenden Familie verwiesen; bei der deutschen Befragung ist die Kategorie etwas schwammig mit „bessere Ausgangsbedingungen“ formuliert. Auch sind die Abstufungen der Antwortskalen (stimme sehr zu, eher zu, ...) bei allen drei Befragungen recht unterschiedlich, was einen Vergleich eher schwierig macht.

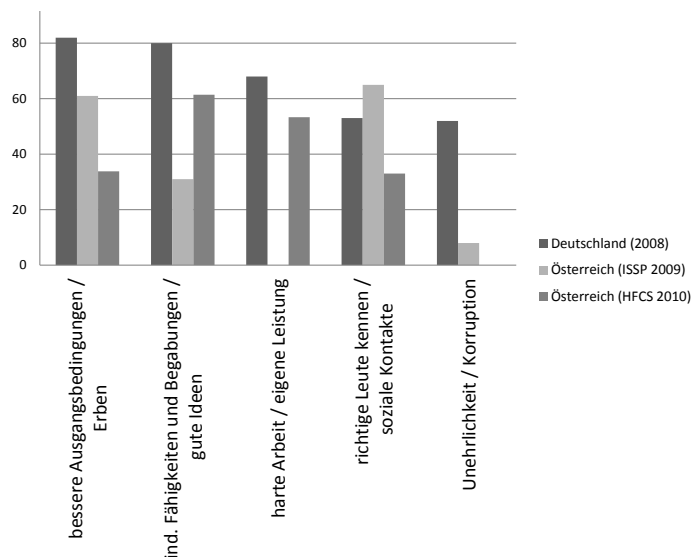


Abbildung 1: Begründungs- und Rechtfertigungsmuster von Reichtum und sozialer Ungleichheit (Vergleich Deutschland – Österreich)

Quelle: Glatzer u. a. (2008); ISSP (2009); HFCS (2010); absteigend sortiert nach Deutschland (2008); Daten: Deutschland: Ursachen dafür, dass jemand reich wird ... (sehr oft + oft, 2 Kategorien); ISSP: Um im Leben vorwärts zu kommen, ist es wichtig ... (sehr + eher, 2 Kategorien); HFCS: Reich wird man ... (Kategorien eher zu – völlig zu, 4 Kategorien)

Hinsichtlich der Beurteilung der Folgen von (zu großer) sozialer Ungleichheit und von Reichtum gab es zumindest bei der deutschen Befragung und beim HFCS nahezu deckungsgleiche Fragen, was den Vergleich erleichtert. Bei allen drei Studien sind die Befragten hinsichtlich der Folgen sozialer Ungleichheit eher kritisch eingestellt (Graphik 2): So stimmten bei der deutschen Befragung über 70% der Aussage zu, dass es ungerechtfertigt sei, dass reiche Menschen mehr Verwirklichungschancen im Leben haben. Auch die mit dem Reichtum einhergehenden Privilegien wurden kritisch beäugt: Mehr als die Hälfte der Befragten lehnte es ab, dass Kinder von Reichen bzw. Besserverdienenden eine bessere Ausbildung bekommen. Auch mehr politische Macht bzw. Einflussmöglichkeiten für Reiche wurde stark kritisiert (über 80% Ablehnung). 8 von 10 Befragten waren schlussendlich der Meinung, dass die zunehmende soziale Ungleichheit im Land zu sozialen Spannungen führen wird (Becker u. a. 2009).

In Österreich ergibt sich ein ähnliches Bild: So werden die Privilegien, die sich durch einen höheren sozialen Status ergeben (wie etwa bessere medizinische Versorgung oder bessere Ausbildung für die Kinder) sowohl im ISSP- wie im HFCS-Datensatz eher abgelehnt. Fast 90% der Befragten waren im ISSP-Datensatz darüber hinaus der Meinung, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich verringert werden müssten. Zu diesem Ergebnis passen auch die Ergebnisse des HFCS, nach denen über 45% der Meinung waren, dass „zu großer Reichtum einiger weniger zu Problemen in der Gesellschaft“ führt und fast ebenso viele der Aussage zustimmen, dass „Reiche im Leben ungerechtfertigte Vorteile genießen“ (Melchior/Schürz 2015, i.E.).

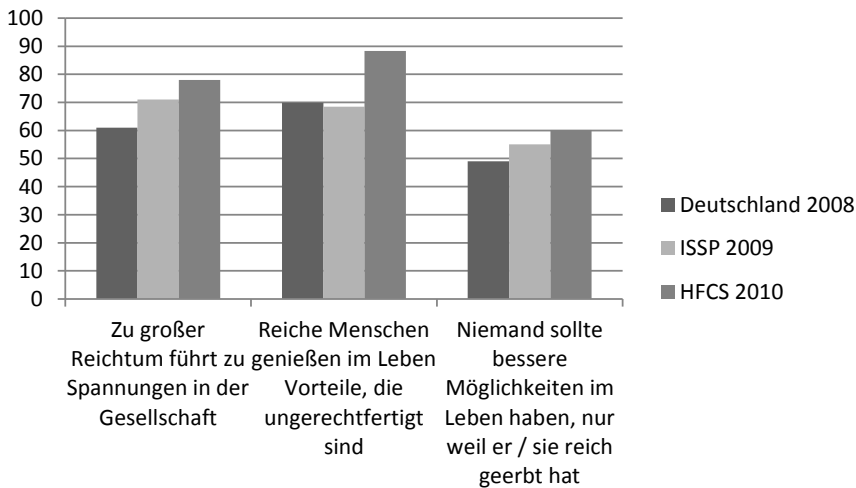


Abbildung 2: Bewertung der Folgen sozialer Ungleichheit und Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit (Vergleich Deutschland – Österreich)

Quelle: Glatzer u. a. (2008); ISSP (2009); HFCS (2010); aufsteigend sortiert nach Deutschland (2008); Daten: Itemformulierungen bei Deutschland (2008) und HFCS (2010) siehe Graphik; bei ISSP (2009): 1) Ist es gerecht, dass sich Menschen mit höherem Einkommen eine bessere medizinische Versorgung leisten können als Menschen mit niedrigerem Einkommen? 2) ... ihren Kindern eine bessere Ausbildung zukommen lassen können als Menschen mit niedrigerem Einkommen? 3) Die Unterschiede zwischen Arm und Reich sollten verringert werden. Deutschland (2008) und ISSP (2009): sehr + eher, 2 Kategorien, HFCS (2010): Kategorien eher zu – völlig zu, 4 Kategorien.

Klassenbewusstsein revisited? – Die Bedeutung der eigenen sozialen Lage bei der Erklärung von sozialer Ungleichheit und Reichtum

Becker u. a. (2009) konnten für Deutschland zeigen, dass Personen mit höherem sozioökonomischen Status eher dazu geneigt sind, die individuellen Fähigkeiten der Reichen zu betonen, während bei Personen mit niedrigerem sozioökonomischen Status stärker auf strukturelle Ungerechtigkeiten als Erklärungsfaktoren verwiesen wird⁴. Bei der Einschätzung der Bedeutung der sozialen Herkunft sowie der Netzwerke ergab sich für Deutschland ein „statusübergreifender Konsens“ (ebenda, 161).

Für den HFCS-Datensatz haben Schürz/Melchior (2015, i.E.) Ähnliches nachgewiesen: Dass man „Reich wird über die eigene Leistung“ glauben nur 11% der Armen (die untersten 5% der Einkommensverteilung), aber 28% der Reichen (die obersten 5%). Auch die Rolle sozialer Kontakte betonen eher die Armen. Spannend ist der Befund, dass die Bedeutung des Erbes sogar mehr von den Reichen, als von den Armen betont wird. Dies entspricht einem Befund von Michael Hartmann (2013), der argumentiert, dass sich ein Teil der „Eliten“ durchaus darüber bewusst ist, auf welchem Weg er seinen sozialen Status erlangt hat.

Auch eine eigene, bivariate Analyse auf Basis der ISSP-Daten von 2009 (Tabelle 1) zeigt beträchtliche Unterschiede nach sozioökonomischen Status. Die Bedeutung von sozialen Netzwerken für das „Vorankommen“ wird vor allem von Personen aus niedrigeren sozialen Schichten bzw. denjenigen, die sich sozial benachteiligt fühlen, hervorgehoben. Auch bei der sozialen Herkunft zeigen sich einige Unterschiede nach Sozialstatus: Je niedriger das Einkommen und umso deprivierter eine Person ist, umso eher wird die Bedeutung sozialer Herkunft betont. Personen mit höherem Einkommen sind also eher davon überzeugt, es allein geschafft zu haben. Für die Frage nach der Wirkungsmächtigkeit individualistischer Legitimationsmuster sozialer Ungleichheit ist es jedoch wichtig zu erwähnen, dass die Bedeutung von „harter Arbeit“ als Begründungsmuster im ISSP-Datensatz statusunabhängig wirkt: Das heißt, Personen am unteren wie am oberen Ende der sozialen Skala erkennen in ähnlichem Ausmaß die Bedeutung individueller Leistungen als Rechtfertigung sozialer Ungleichheitslagen an. Diese individuelle Einschätzung steht allerdings in Widerspruch zu den objektiven empirischen Fakten, die zeigen, dass die soziale Herkunft entscheidend für die Klassenposition einer Person ist. Im ISSP-Datensatz korreliert etwa der angegebene Schichtindex der Eltern mit dem eigenen Schichtindex mit 0,6.

Alle drei Studien können demnach zeigen, dass Personen am unteren Ende der sozialen Skala ein kritischeres und damit auch realitätsgetreueres Bild der Entstehung sozialer Ungleichheit und von Reichtum zeichnen als Personen am oberen Ende der Skala. Aktuelle Studien konnten etwa zeigen, dass Reichtum in Österreich vorwiegend vererbt wird (Fessler/Schürz 2013). Demgegenüber können individuelle Leistungen die ungleichen Startbedingungen im Land in den seltensten Fällen ausgleichen. Neben dem ökonomischen Kapital spielt auch das, meist aus der sozialen Herkunft stammende, soziale und symbolische Kapital weiterhin eine wesentliche Rolle bei der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheitslagen in Österreich (Bourdieu 1997).

Tabelle 1: Begründungs- und Rechtfertigungsmuster nach sozioökonomischer Lage (ISSP)

	wohlhabende Familie	harte Arbeit	richtige Leute kennen	korrupt sein
Einkommen				
unter 1.200	44,9*	64,3	66,7	10,8*
über 4.000	24,0*	58,7	56	4,5*
Erwerbstätigkeit				
arbeitslos	37,7	60,4	75,5*	12
erwerbstätig	32	64,1	57,3*	9,3
Subj. Schicht				
niedrig(er)	35,7	56,6	72,3*	11,3*
hoch / höher	29,7	58,0	59,0*	5,8*
Relative Deprivation				
relativ depriviert	36,6*	66,8	67,6*	10,3*
nicht relativ depriviert	27,1*	64,3	55,6*	6,2*

Quelle: ISSP (2009); Daten: Um im Leben vorwärts zu kommen, ist es wichtig ... (sehr + eher, 2 Kategorien); signifikante Abweichungen sind mit * gekennzeichnet.

„Harte Arbeit“ und „Papa/Mama richtet's schon“? (Scheinbare) Widersprüche in den Einstellungen der Menschen

In allen drei beschriebenen Studien wird allerdings auch offensichtlich, wie verwoben (auch innerhalb einzelner sozialer Gruppen) die einzelnen Legitimations- und Erklärungsmuster von Reichtum und sozialer Ungleichheit miteinander sind und welche Widersprüche sich hieraus ergeben: So stimmten im ISSP über 60% (bzw. über 80% in Deutschland) der Aussage zu, dass das Sozialkapital für soziale Ungleichheitslagen ausschlaggebend ist. Gleichzeitig verwiesen ebenso über 60% (bzw. bis zu 70% in Deutschland) auf die eigene Leistung und die Fähigkeiten des Individuums. Auf den ersten Blick scheint diese große Überschneidungsmenge in den Zustimmungsraten zu den verschiedenen Erklärungs- und Legitimationsmustern ein Widerspruch in sich zu sein. Gemäß der „reinen Ideologien“ müssten die Befragten entweder strukturalistischen bzw. sozialkapital-orientierten oder individualistischen Erklärungen zustimmen.

Dieses Phänomen der zahlreichen Widersprüche in den Einstellungen der Menschen wird in der Sozialpsychologie mit dem Terminus „split consciousness“ bezeichnet. Einer Studie zu Gerechtigkeitsvorstellungen in Österreich zufolge sind diese Ambivalenzen und Widersprüche in den Einstellungen typisch für konservative Sozialstaaten, zu denen u. a. auch Österreich und Deutschland zählen (Weiss/Strodl 2008). Es wird argumentiert, dass im konservativen Sozialstaat die Arbeitsmarkteteiligung des/der Einzelnen (vor allem

durch die Koppelung der Sozialleistungen an den Arbeitsmarktstatus) eine zentrale Rolle spielt. Daher findet auch die individuelle Leistung eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Meritokratie gilt als die zentrale gesellschaftliche Grundnorm in kapitalistischen Gesellschaften und somit auch in konservativen Sozialstaaten wie Österreich oder Deutschland (Becker/Hajdar 2011).

Gleichzeitig sind soziale Ungleichheitslagen in konservativen Sozialstaaten jedoch mehr oder weniger stabil: Das heißt, soziale Mobilität ist schwer(er) möglich und der Sozialstaat agiert statussichernd. Dementsprechend wird die Bedeutung der Familie und von sozialen Ausgangsbedingungen in der Bevölkerung neben der Leistung des/der Einzelnen als durchaus wichtig erachtet. Auch wird es in diesem Sozialstaatstyp als Aufgabe des Staates erachtet, (zu) große soziale Ungleichheiten auszugleichen (Weiss 2013). Soziale Ungleichheit wird demnach zwar als Merkmal des Marktsystems akzeptiert, allerdings nur unter der Bedingung, dass die gesellschaftliche Integration nicht gefährdet wird bzw. jedeR vom Sozialsystem in einigermäßen ähnlicher Art und Weise profitieren kann.

In den Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Entstehung von Reichtum und sozialer Ungleichheit werden also – wie es typisch ist für konservative Sozialstaaten – gleichzeitig gesellschaftliche Wunschvorstellungen wie persönliche Erfahrungen mit der sozialen Realität verarbeitet. Insbesondere diejenigen Personen, die am unteren Ende der sozialen Skala stehen, müssen diese starken Widersprüche zwischen den kapitalistisch-individualistischen Prinzipien und ihren persönlichen Erfahrungen mit der sozialen Realität aushalten. Sie erleben das Versagen der Leistungsgesellschaft am eigenen Leib, versuchen sich aber weiterhin an den Grundprinzipien einer meritokratischen Gesellschaft festzuklammern.

Zusammenfassung

Was lernen wir nun für die Potentiale einer progressiven Verteilungsdebatte aus den hier beschriebenen drei Studien zur Erklärung und Legitimierung sozialer Ungleichheit und von Reichtum? Erstens, die Frage, ob in einer Gesellschaft eher individualistische Legitimationsmuster von Reichtum und sozialer Ungleichheit zu finden sind oder ob nicht doch herrschafts- und ungleichheitskritische Erklärungen dominieren, lässt sich so nicht beantworten, da diese beiden Einstellungsmuster zu sozialer Ungleichheit eng miteinander verwoben sind. Hier vermischen sich die Ansprüche und Prinzipien einer kapitalistischen Gesellschaft (Meritokratie) mit den individuell gemachten Erfahrungen. Bei Personen, die auf der sozialen Skala weiter oben stehen, decken sich die eigenen Erfahrungen scheinbar mit den Normen und Werten der Gesellschaft. Sie sind daher eher davon überzeugt, dass ihre harte Arbeit und ihr Leistungswille ihren sozialen Status legitimieren und argumentieren individualistisch. Personen am unteren Ende der sozialen Skala sind demgegenüber mit zahlreichen Widersprüchen bei ihren Erfahrungshintergründen und in ihren Deutungsmustern konfrontiert. Dies führt – und das ist die zweite wichtige Erkenntnis der hier beschriebenen Studien – dazu, dass sie eher strukturalistisch und herrschaftskritisch argumentieren. Anzeichen eines „Klassenbewusstseins“, wenn auch eines widersprüchlichen, sind in den Daten also durchaus vorhanden⁵. Die gleichzeitige Persistenz von individualistischen Legitimationsmustern ist insofern erklärbar, da diese als eine Art „Anker“ dienen. Die eigene Situation wird als schwierig und unfair wahrgenommen, gleichzeitig besteht weiterhin die Hoffnung, dass man es individuell vielleicht doch schaffen könnte. Für eine progressive Verteilungsdebatte lässt sich daraus ableiten, dass es

weiterhin wichtig ist auf die offensichtlichen Widersprüche zwischen den Ansprüchen der Gesellschaft und der tatsächlichen sozialen Realität hinzuweisen.

Ein gesellschaftliches Problem wird die große Verbreitung individualistischer Leistungskonzeptionen in der Bevölkerung, wenn – wie im Sozialdarwinismus angelegt – die Konsequenz die Unterteilung der Bevölkerung in die scheinbar „Leistungswilligen“ und die scheinbar „Leistungsunwilligen“ ist. Eine Debatte, die wir in Deutschland Anfang der 2000 (bei Hartz IV) und in Österreich (bei der „Sozialschmarotzerdebatte“, Atzmüller 2009) in den 1990er Jahren bereits stark erlebt haben. Wie die Vorurteilsforschung zeigt, ist die Abwertung von sozial Schwachen in beiden Ländern weiterhin weit verbreitet und die Debatten sind jederzeit wieder reaktivierbar (Heitmeyer 2011; Hofmann 2015). Es gilt daher zu zeigen, dass die Verbesserung der eigenen sozialen Lage nicht auf Kosten derjenigen, die noch weiter unten stehen, erreicht werden kann, sondern nur durch eine Umverteilung von oben nach unten.

Auch hierfür – und das ist der letzte zentrale Punkt – lässt sich aus den hier beschriebenen Studien einiges lernen: Das Potential für eine progressive Verteilungsdebatte ist vorhanden! Das Ungleichheits- und Herrschaftsregime, auf das mit der Rede von den „Leistungswilligen, Kreativen und Innovationstüchtigen“ verwiesen wird, ist weniger stabil als es auf den ersten Blick wirkt. Die Kritik an den gesellschaftlichen Folgen sozialer Ungleichheit ist weit verbreitet; die strukturellen Ungerechtigkeiten des Systems sowie die bedeutender werdende Rolle von Sozialkapital werden hinterfragt. Auch an diesen Punkten gilt es im Sinne einer progressiven Verteilungsdebatte weiter anzusetzen.

Literatur

- Atzmüller, Roland (2009): Aktivierung statt Vollbeschäftigung. Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. In: Christoph Hermann/Roland Atzmüller: Die Dynamiken des österreichischen Modells. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, Berlin: 135–186.
- Bachinger, Karl (2002): Im Namen Gottes, der Gesellschaft und der Natur. Zur Legitimation von Reichtum im neuzeitlichen Kapitalismus. In: Die Armutskonferenz/ ATTAC/ BEIGEWUM: Was Reichtümer vermögen: Gewinner und VerliererInnen in europäischen Wohlfahrtsstaaten, Wien:45–58.
- Beckert, Jens (2004): Unverdientes Vermögen: Soziologie des Erbrechts, Frankfurt/M.
- Becker, Rolf/Andreas Hajdar (2011): Meritokratie – Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften. In: Rolf Becker: Lehrbuch der Bildungssoziologie, Wiesbaden: 37–62.
- Becker, Jens/Roland Bieräugel/Oliver Nüchter/Alfons Schmid (2009): Einstellungen zum Reichtum in Deutschland. In: WSI Mitteilungen 3 (2009): 158–164.
- Bourdieu, Pierre (1997): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1, Hamburg.
- Bottomore, Thomas (1964): Elites and Society, Harmondsworth.
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2013): Reich bleiben in Österreich. In: Wirtschaft und Gesellschaft 3 (2013): 343–360.
- Friedrichs, Julia (2015): Wir Erben. Was Geld mit Menschen macht, Berlin.
- Glatzer, Wolfgang/Jens Becker/Roland Bieräugel/Geraldine Hallein-Benze/Oliver Nüchter/Alfons Schmid (2008): Einstellungen zum Reichtum. Wahrnehmung und Beurteilung sozio-ökonomischer Ungleichheit und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen in Deutschland. <http://www.iwak-frankfurt.de/documents/a381-forschungsprojekt.pdf>, letzter Zugriff am 7.4.2015.
- Hartmann, Michael (2007): Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/M.

- Hartmann, Michael (2013): Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten, Frankfurt/M.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt/M.
- Hofmann, Julia (2015, i.E.): Fear of Social Decline and Treading on Those Below? The Role of Social Crises and Insecurities in the Emergence and the Reception of Prejudices in Austria. In: Johannes Kiess/Oliver Decker/Elmar Brähler: Comparative Perspectives on Right-Wing Extremism, Newcastle: 118–138.
- Industriellenvereinigung (2014): Reichtum, Armut & Umverteilung in Österreich. Fakten und Mythen. http://www.iv-net.at/iv-all/publikationen/file_656.pdf, letzter Zugriff am 7.4.2015.
- Kaufmann, Stephan/Ingo Stütze (2015): Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre. Thomas Pikettys »Das Kapital im 21. Jahrhundert« – Einführung, Debatte, Kritik, Berlin.
- Markard, Morus (2005): „Elite“: Ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff. In: Utopie kreativ 171 (2005): 5–11.
- Melchior, Josef/Martin Schürz (2015, i.E.): Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich. Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit. In: Wirtschaft und Gesellschaft 2 (2015).
- Schürz, Martin (2009): Reichtum – Spuren im Nebel. In: WISO 32 (2009): 14–29.
- Weiss, Hilde/Robert Strodli (2008): Gerechtigkeitswahrnehmungen und soziale Milieus. Wien. Projektbericht für den Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Projekt Nr. 11795).
- Weiss, Hilde (2013): Gerechtigkeitsbegriffe und Leistung. Folien zur 3. Reichtumskonferenz. http://www.armutskonferenz.at/images/Reichtumskonferenz/weiss-gerechtigkeit_reichtumskonferenz-2013.pdf, letzter Zugriff am 7.4.2015.

Anmerkungen

- 1 Dies gilt auch für diejenigen, die es geschafft haben, sozial aufzusteigen, wie Michael Hartmann (2013) am Beispiel der deutschen Eliten zeigt.
- 2 Inhaltlich ist diese strikte Trennung der beiden Erklärungsmuster zwar zu hinterfragen; empirisch verweisen die Autoren jedoch auf die Ergebnisse einer hierzu durchgeführten Faktorenanalyse.
- 3 Dieses Ergebnis deckt sich mit den Studien von Michael Hartmann zur sozialen Durchlässigkeit von Eliten in Österreich (2007). Der Soziologe zeigt darin, dass in Österreich die soziale Herkunft bei der Elitenrekrutierung weniger entscheidend ist als etwa in Frankreich oder Großbritannien.
- 4 Dies gilt auch für diejenigen, die es geschafft haben, sozial aufzusteigen, wie Michael Hartmann (2013) am Beispiel der deutschen Eliten zeigt.
- 5 Siehe auch den Beitrag von Lukas Hofstätter in diesem Heft.